



Die Lage ähnelt derzeit in vielen Bereichen den 1970er-Jahren. Es gab einen Energiepreisschock, die Inflation ist hoch, und die Löhne steigen stark, auch, weil es zunehmend einen Arbeitskräftemangel gibt. Wiederholt sich hier gerade die Geschichte?

Hannes Androsch: In vielen Punkten sind wir heute in einer ähnlichen Situation. Die Reaktion darauf war damals jedoch eine andere. Wir hatten damals zwar keine Pandemie und ihre Folgen, aber es gab große währungspolitische Turbulenzen durch den Zerfall des Systems fixer Wechselkurse von Bretton Woods im August 1971. Allerdings haben wir darauf nicht mit Schmerzmitteln in Form staatlicher Ausgleichszahlungen reagiert, sondern gesehen, dass man eine Angebotslücke nur mit mehr Effizienz oder alternativen Beschaffungsmöglichkeiten ausgleichen kann. Wenn bei einer Angebotslücke hingegen die Nachfrage erhöht wird, dann steigen nur die Preise, und man erhält Zweitrendeneffekte, etwa über die Lohnerhöhungen. Die Situation wird also verschärft anstatt verbessert. Und da das noch dazu um den Preis von Unsummen geschieht, die ziel- und wahllos ausgegeben werden, wird das Folgen haben. Heuer wird in einem Jahr ein Defizit in einer Größenordnung gemacht, das es früher in zehn Jahren nicht gab.

Sie haben gerade die Schulden angesprochen. Die 1970er-Jahre gelten als jenes Jahrzehnt, in dem die große Staatsverschuldung erst begonnen hat. Sie waren damals der verantwortliche Finanzminister. Wie sehen Sie diesen Vorwurf?

Das ist ein Unsinn. Wenn wo gespart wird, müssen diese Ersparnisse auch irgendwann für etwas verwendet werden. Diese Vorgangsweise geht nur bei Privaten. Betriebe sollen hingegen investieren. Und auch der Staat ist ein großer Investor im Wirtschaftskreislauf, weshalb es auch Sinn ergibt, wenn dieser in die Zukunft investiert. Und das haben wir damals im großen Ausmaß auch getan. Heute gehen die staatlichen Ausgaben jedoch vor allem in den Konsum und nicht mehr in Bereiche wie die Grundlagenforschung oder Bildung, wo es mehr Investitionen brauchte.

Ein Grund dafür, dass heute so viel der staatlichen Ausgaben in den Konsum fließt, ist der demografische Wandel. Es gibt heute einfach deutlich mehr ältere Menschen in Österreich, die Pensionen erhalten.

Wir haben weltweit die 3-D-Problematik. Wir brauchen eine Dekarbonisierung. Es gibt die Digitalisierung – mit all ihren Chancen, aber auch Risiken. Und wir haben das demografische Problem, das einerseits in den Industriestaaten zu einer Überalterung führt, während in vielen ärmeren Weltregionen das Bevölkerungswachstum explodiert. Es ist also eine Zeit extremen Wandels, und gleichzeitig gibt es große Bestrebungen, die Strukturen zu versteinern. Das wird aber nicht funktionieren.

Waren die Menschen zu der Zeit, als Sie politische Funktionen hatten, veränderungsbereiter als heute?

Sie waren durch den Krieg, die lange Nachkriegszeit und den dabei erlittenen Mangel weniger empfindlich, weniger anspruchsvoll und offensichtlich auch resilient – also widerstandsfähiger gegenüber Veränderungen. Wir haben heute eine Vollkasko-Mentalität herbeigeführt. Der Sozialstaat stellt eine der größten Errungenschaften dar. Er war in seinem Grundsatz aber immer auf dem Versicherungsprinzip aufgebaut. Und inzwischen wurde begonnen, daraus eine Sozialhilfeeinrichtung zu machen. Und selbst ein deutscher Metallgewerkschafter hat unlängst gemeint, dass wir den Sozialstaat verlieren werden, wenn wir ihn nicht umbauen.

Die Menschen haben sich also zu sehr an die sogenannten wohlverordneten Rechte gewöhnt?

Die Politik hat das Menschen mitunter richtiggehend oktroyiert. Etwa, indem Wähler mit entsprechenden Wahlzuckerln gekauft wurden.

Wer Reformen durchführt, wird in der Regel aber abgewählt. Man denke nur an Gerhard Schröder mit der Agenda 2010.

Wenn man nach Schweden blickt, sieht man jedoch, dass dem nicht so sein muss. Dort hat der damalige Ministerpräsident, Göran Persson, in den 1990er-Jahren eine sehr weitgehende Pensionsreform durchgeführt und ist wiedergewählt worden. Und unser Maßnahmenpaket in den 1970er-Jahren war kein Helikoptergeld, sondern beinhaltete, und wir sind kurz später mit absoluter Mehrheit erneut gewählt worden. Man muss den Menschen klarmachen, dass bei einer unerfreulichen Diagnose nur dann geholfen werden kann, wenn sie die Therapie auch akzeptieren.

Laut Wirtschaftsforschungsinstitut gibt es durch die Doppelkrise aus Corona und Energiepreisschock einen Wohlstandsverlust in Österreich, der derzeit durch staatliche Hilfen zumindest teilweise überlückt wird. Wären die Menschen bereit, diese Wohlstandseinbußen hinzunehmen, wenn man es ihnen offen sagt?

Man muss den Menschen eine Perspektive bieten, wie man da wieder herauskommt. Wenn es

„Die Menschen waren weniger anspruchsvoll“

Der Industrielle und Ex-Finanzminister **Hannes Androsch** über Inflation und Energiepreisschock der 1970er-Jahre und die Reaktion der damaligen Regierung darauf.

von **JAKOB ZIRM**



„Der Sozialstaat wurde zu einer Sozialhilfeeinrichtung“, sagt **Hannes Androsch**.

diese gibt, dann sind sie auch bereit, den Gürtel einmal enger zu schnallen und die Ärmel aufzukrempeln. Das ist meine politische Erfahrung.

Derzeit gibt es aber – auf Initiative der Gewerkschaft – eher eine Diskussion darüber, ob es eine Viertagewoche mit vollem Lohnausgleich geben soll.

Woher auch immer diese Diskussion kommt: Es gibt eine Personalnot, die sich auch demografisch ergibt und ohne Zuwanderung noch sehr viel größer wäre. Wenn man dieser nun mit einer Angebotsverringering begegnet, dann muss das zu Wohlstandseinbußen führen.

Noch einmal zurück zu den 1970er-Jahren. Die damalige Inflationswelle konnte in den USA schlussendlich nur durch den sogenannten Volcker-Schock beendet werden, als der damalige US-Finanzminister, Paul Volcker, die Zinsen zeitweise auf über 20 Prozent anhub. Könnte wieder so eine Rosskur notwendig werden?

Je länger wir mit einer Therapie warten, umso schmerzhafter wird sie werden. Ich kann mich noch gut an den Moment erinnern, als Paul Volcker – mit dem ich persönlich befreundet war – vorzeitig von der Weltbank- und IWF-Tagung in Belgrad abgereist ist. Das war im Jahr 1979, und es

STECKBRIEF

Hannes Androsch wurde am 18. April 1938 in Wien geboren. Nach dem Studium beginnt er ab 1966 als Steuerberater zu arbeiten und sitzt ab 1967 für die SPÖ im Nationalrat. 1970 wurde Androsch mit 32 zum bis dahin jüngsten Finanzminister der Republik. Er behielt dieses Amt bis 1981 (ab 1976 zusätzlich als Vizekanzler). Nach einem Zerwürfnis mit dem damaligen Bundeskanzler, Bruno Kreisky, musste er jedoch alle Ämter zurücklegen.

Nach der politischen Karriere war Androsch von 1981 bis 1988 Generaldirektor der CA. Danach beteiligte er sich an verschiedenen Unternehmen (AT&S, Salinen, Bwin).

war gleichzeitig auch der letzte öffentliche Auftritt von Tito. Volcker ist also zurück nach Washington und hat die Notbremse betätigt, weil man in den Jahren zuvor vonseiten der Notenbanken zu nachlässig war. Das war man nun nach dem Lehman-Schock ebenfalls. Obwohl die aktuelle Wirtschaftsentwicklung – zumindest in Europa – keine weiteren Zinserhöhungen rechtfertigen würde, werden sie kommen. Und aus der Stagflation wird so leicht eine „Rezflation“ werden, also eine Mischung aus Rezession und Inflation.

Die Jahre des billigen Geldes haben aber auch viele Probleme in den Bankbilanzen hinterlassen, wie wir jüngst etwa an der Pleite der Silicon Valley Bank gesehen haben. Was könnte das bedeuten?

Es ist notwendig, das kleine Feuer schnell zu löschen, damit es kein Flächenbrand wird. Und das scheint nun auch geschehen zu sein. Das beunruhigt mich derzeit weniger. Was mich beunruhigt, ist, dass wir uns aufgrund des billigen Geldes seit 2010 in Österreich 80 Milliarden Euro an Zinsen erspart haben, dieses Geld aber in den Konsum gegangen ist, sodass man auf der TU Wien im vergangenen Winter nicht einmal genügend Geld für die Heizung hatte.